

Volle Durchsetzung der Forderungen: nötiger denn je!

6 Prozent aber mindestens 200 Euro, 100 Euro mehr für Azubis, Inkrafttreten der Übernahmeregulierung für Azubis und Praktikant*innen, Erhöhung der Pflegeetabelle um 300 Euro und eine Laufzeit von zwölf Monaten - das sind mehr als berechnete Forderungen!



Wenn der Verhandlungsführer für die Arbeitgeber, Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) verlautbart, „den Bezahlwettbewerb mit den Privaten werden wir nicht gewinnen können“, ist das ein Armutszeugnis! Laut Kollatz darf der Lohnabschluss nicht so hoch ausfallen, um Personalaufbau nicht zu behindern. Offenbar bemerkt er den Widerspruch nicht - beziehungsweise meint es mit dem Personalaufbau gar nicht ernst. Denn Stellen im öffentlichen Dienst werden nicht besetzt, weil es so unattraktiv geworden ist. Das gilt nicht nur für die Pflege. Eine deutliche Anhebung der Löhne und Gehälter ist daher ein Muss, gerade um Personal aufbauen zu können. Wenn es bei den Personalengpässen bleibt, sind die Berufe doppelt unattraktiv - es wird zu wenig bezahlt und dazu nimmt die Arbeitslosigkeit zu, wegen chronischem Personalmangel!

Geld in die öffentliche Daseinsvorsorge!

Bund und Länder haben Rekordüberschüsse zu verzeichnen und Kollatz antwortet damit, es gebe auch Schulden und die Schuldenbremse. Für jährlich teurer werdende Bauprojekte wie den Berliner Flughafen und viele andere Prestigeobjekte werden diese Argumente nie ins Feld geführt - nur, wenn die Beschäftigten ihre berechtigten Forderungen stellen. Während Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ausrechnet, dass in den nächsten Jahren mit fünf Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen zu rechnen sei, und verkündet, „die fetten Jahre sind vorbei“, versichert die Bundesregierung gleichzeitig höhere Ausgaben für Aufrüstung. Doch was gebraucht wird, sind weder ein Flughafen, der nie fertig wird noch Waffen zur Zerstörung von Leben und Lebensgrundlagen. Stattdessen ist es nötig, die

öffentliche Daseinsvorsorge wieder funktionsfähig zu machen. Denn wo man hinschaut, herrscht Personalmangel: Von Kitas über Schulen, Ämter, Krankenhäuser bis zur Altenpflege. Dieser Mangel muss dringend behoben werden - mit einer deutlichen Anhebung von Löhnen und Gehältern. Wenn es im öffentlichen Haushalt an Geld fehlt, dann muss es dort geholt werden, wo es im Überfluss vorhanden ist: durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer zehnprozentigen Millionärssteuer und eine drastische Besteuerung der Unternehmen, die seit Jahren Rekordprofite verbuchen!

In die Vollen gehen

Die Kolleg*innen bei der Flughafensicherung haben gezeigt, dass es möglich ist, mit offensiven Lohnforderungen weit zu kommen, wenn entschlossen dafür gestreikt wird. Wichtig ist,

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



neben dem ökonomischen auch den politischen Druck aufzubauen. Das gelingt am besten mit flächendeckenden Streiks, wenn nötig mit Erzwingungsstreik. Ein solcher könnte - mit Unterstützung aus der gesamten ver.di und dem DGB - durch Solidaritätsdemonstrationen und Aktionen gestärkt werden. Kolleg*innen aus anderen Bereichen sind ebenfalls vom Mangel im öffentlichen Dienst betroffen - sei es als Eltern von Kita- oder Schulkindern, als Patient*innen, und vieles mehr. Letztlich hilft auch jeder erkämpfte gewerkschaftliche Erfolg allen Kolleg*innen in anderen Bereichen, weil es als Ermutigung wirkt.

Laufzeiten

Es ist „normal“ geworden, enorm lange Laufzeiten zu vereinbaren, obwohl die Gewerkschaften jedes Mal eine Laufzeit von zwölf Monaten fordern. Im TVÖD wurden sogar dreißig Monate abgeschlossen. Angesichts einer unsicheren Entwicklung von Preisen und Mieten ist das abzulehnen. Zudem sollte endlich eine Synchronisierung mit den Kolleg*innen bei Bund und Kommunen hergestellt werden. Vor der Einführung von TVÖD und TV-L konnten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes noch gemeinsam streiken. Auch, wenn es jetzt unterschiedliche Tarifverträge sind, kann eine Synchronisierung der Verhandlungen und Streiks den Beschäftigten helfen, gemeinsam mehr Kampfkraft zu entfalten.

Arbeitszeit

Außerdem geben auch im öffentlichen Dienst viele Beschäftigte an, dass ihnen eine Entlastung durch Reduzierung der Arbeitszeit wichtig ist. Deshalb wäre es wichtig, dies als tarifpolitisches

Ziel für die nächste Runde gemeinsam anzugehen. Dabei sollte es auch keinerlei Kompensation geben, wie es gerade in einigen Bereichen wie in der Metallindustrie oder bei der Bahn vereinbart wurde, wo Arbeitszeitverkürzung mit weniger Lohn oder Flexibilisierung von den Beschäftigten selbst bezahlt werden. Die Forderung sollte lauten: Deutliche Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30-Stunden-Woche in großen Schritten, bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Demokratische Entscheidungen

Die Entscheidungen darüber, ob Angebote in Verhandlungen annehmbar sind, oder ob und wie ein Arbeitskampf weiter geführt werden sollte, muss von den Streikenden gefällt werden und nicht über ihre Köpfe hinweg. Bei den jüngsten Streiks in Krankenhäusern hat sich - neben täglichen Streikversammlungen - das so genannte „Tarifberater-system“ entwickelt. Hier wurden Kolleg*innen aus den verschiedenen Stationen zu regelmäßigen Treffen delegiert, um die nächsten Schritte zu beraten. Bei dem Streik der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst wurde eine bundesweite Streikdelegiertenkonferenz einberufen. Diese Ansätze sollten auch für andere Tarifeinverständnisse gelten und ausgebaut werden. Auf Basis von Diskussionen vor Ort könnten örtlich gewählte und rechenschaftspflichtige Streikdelegierte über die nächsten Schritte beraten und sollten Entscheidungsmacht haben. Auf dieser Basis wäre es möglich, die Kolleg*innen in den Dienststellen und Betrieben einzubeziehen und zu ermächtigen, in jeder Phase demokratisch über Streikstrategie und Ergebnis zu bestimmen.

Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften

Leider passiert es immer wieder, dass die Gewerkschaften, auch ver.di, als Tiger zum Sprung ansetzen, wenn sie in eine Tarifeinverständnisse gehen, um dann als Bettvorleger zu landen. Das liegt daran, dass sie an einer sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung festhalten, wo die Arbeitgeber und Verantwortlichen in der Politik, von CDU über Grüne bis SPD, eine solche schon längst aufgekündigt haben. Deshalb braucht es eine Erneuerung in den Gewerkschaften hin zu einem kämpferischen Kurs.

Eine Koordinierung von kritischen Kolleg*innen ist dringend nötig, um sich gemeinsam für eine solche Kursänderung einzusetzen. Aktive in den Gewerkschaften planen jetzt, für 2020 eine Strategiekonferenz vorzubereiten, um aktive und kritische Kolleg*innen zusammenzubringen, um darüber zu beraten, wie man gemeinsam eine kämpferische Ausrichtung ihrer Gewerkschaften durchsetzen kann. Als Vorbereitung ist ein Treffen am 18. Mai in Frankfurt am Main geplant. Es soll eine gemeinsame Plattform für eine kämpferische Ausrichtung der Gewerkschaften als Alternative zu Co-Management und sozialpartnerschaftlichem Kurs diskutiert werden. Außerdem sollen Möglichkeiten erörtert werden, wie Arbeitskämpfe erfolgreicher geführt werden können.

**Bei Interesse gerne melden unter:
info@netzwerk-verdi.de!**

**Nächstes Treffen:
Samstag, 18. Mai 2019 |
11 Uhr | DIDF-Vereinshaus,
Rudolfstr. 13,
Frankfurt (Main)**